

Die Landesjugendkammer der Evangelischen Jugend in Bayern beschließt:

Die Landesjugendkammer der Evangelischen Jugend in Bayern hat im Juli des Jahres 2021 ein Prozesskommentar zur Landesstellenplanung verabschiedet, der gelingende Kommunikation und Partizipation zwischen allen Ebenen als Voraussetzung für eine Landesstellenplanung im Sinne der Jugend definierte und Forderungen an Entscheidungsträger:innen stellte. Nachdem die Landesstellenplanung 2020¹ nun abgeschlossen ist und die Umsetzung der Konzepte in den einzelnen Dekanaten vollzogen wird, nimmt sich die Evangelische Jugend in Bayern dies zum Anlass ein Resümee über den Prozess und das Ergebnis der Landesstellenplanung zu ziehen und Forderungen für die Landesstellenplanung 2025 zu stellen. Die Zusammenfassung bezieht sich auf Aussagen und Ergebnisse aus zwei qualitativen und quantitativen Befragungen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten durchgeführt wurden (Couch-Interviews & schriftliche Befragung).

Rückblick auf Prozess und Ergebnis

Die Landesstellenplanung der Evangelischen Landeskirchen in Bayern spiegelt eine komplexe Landschaft wider, geprägt von deutlichen Ungleichzeitigkeiten in Bezug auf den Startzeitpunkt, das vorhandene Wissen und die Aktivitäten der beteiligten Gremien. Die Corona-Pandemie stellte alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Gleichzeitig sorgte die Pandemie für Zeiträume, um sich intensiv mit der Landesstellenplanung zu beschäftigen.

"Vorüberlegungen waren eh grad da, und da wegen Corona alles Mögliche abgesagt werden musste, hatte ich Zeit"

Es wurden neue Wege des Austausches und der Vernetzung zwischen den verschiedenen Akteur:innen gefunden, was für den Prozess und eine gelingende Kommunikation von Vorteil war.

"Die Möglichkeit Dinge zu hinterfragen, das große Ganze in den Blick zu nehmen, sich mit EA und HA über Grundsätze und Struktur auszutauschen, neue Ideen zu entwickeln, sich mit anderen zu vernetzen."

Prozess

Im Hinblick auf den Prozess sind für uns als Jugendverband die Themen Kommunikation, Partizipation und Beratung entscheidend. In dem Prozesskommentar zur Landesstellenplanung haben wir deutlich gemacht, dass im Sinne der Jugendarbeit die Landesstellenplanung partizipativ und mit klarer Kommunikation geschehen muss. Gleichzeitig ist es ein Anliegen gewesen die Akteur:innen vor Ort durch flächendeckende Beratung und Materialien zu

¹ Bei der Landesstellenplanung 2020 entscheiden die Dekanate, insbesondere die Dekanatsausschüsse, darüber, wie die ihnen zugewiesenen Stellen(-anteile) auf die Arbeit in der Kirchengemeinde und den dekanatsweiten Dienst verteilt werden. Analog zu weiteren Arbeitsbereichen erstellen die Dekanatsbezirke für die Kinder- und Jugendarbeit ein Konzept (vgl. §1 S.4 LSTPIV). Über Konzeptions-, Planungs- und Strukturfragen der Kinder- und Jugendarbeit im Dekanat entscheiden die Dekanatsjugendkammern (vgl. Nr. 4 Buchst. c OEJ).

unterstützen. Ein häufig genannter Aspekt im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit war das Fehlen eines klaren Zusammenhangs zwischen dem Prozess "PuK" und der Landesstellenplanung. Kommunikation

Eine zentrale Voraussetzung für den Prozess der Landesstellenplanung war eine transparente, klare und offene Kommunikation. Veränderungen und die damit einhergehenden Herausforderungen mussten ehrlich thematisiert werden, aber auch gleichzeitig Chancen vom Wandel verdeutlicht werden. Von einigen Beteiligten wurde die Kommunikation zwischen den verschiedenen Bereichen, wie zwischen Ehrenamtlichen und Hauptberuflichen, zwischen den Dekanatsjugendkammern und den Dekanatsausschüssen, etc., als eine Herausforderung beschrieben. Andere wiederum bewerteten sowohl die Zusammenstellung einer "gemischten Gesamtsteuerungsgruppe" aus verschiedenen Bereichen und deren Kommunikation als positiv und gelungen.

"Keine erkennbare Prozesssteuerung/Planung für den Dekanatsbezirk als Ganzen; schmale Kommunikation zum Prozess; zeitversetzte, nicht vernetzte Prozesse, die ein 'Gesamtdenken' des Arbeitsfeldes nur sehr allgemein möglich machen."

Neben vielen positiven Aspekten stellten sich einige Herausforderungen heraus. Es fehlte zum Beispiel an klaren und gleichen Informationsquellen für alle Beteiligten. Die mittlere Ebene funktionierte als Informationsfilter zwischen der Landes- und der Regio-lokalen Ebene. Dabei kam es teilweise zu Informationsverlust und auch zu Zurückhalten von Informationen. Direkte Informationskanäle fehlten. Die Landing Page LStPI (<https://landesstellenplanung-elkb.de/>), die im Laufe des Prozesses entstanden ist, hat zum Teil für einen gleichen Wissenstand gesorgt. Hieran sollte festgehalten werden.

Der im Prozesskommentar der Landesjugendkammer 2021 geforderte "regelmäßige Bericht zum Stand der Umsetzung für die Landessynode mit der Verteilung von Stellen(-anteilen) nach Kirchenmusik, Altenheimseelsorge, Diakonie, Erwachsenenbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Pfarrdienst und Jugendarbeit (...)" und dem Vergleich vor der Landesstellenplanung wurde nicht umgesetzt und hätte zu einer erfolgreichen Begleitung von Seiten der Synode beitragen können. Für die Zukunft und Landesstellenplanung 2025 ist wichtig zu überlegen, wie die aktuellen Prozesse und Ergebnisse integriert werden können. Zudem müssen eine frühzeitige Beteiligung und Informationsweitergabe der Ehrenamtlichen sowie Hauptberuflichen in der evangelischen Jugendarbeit gewährleistet werden. Dies ist besonders im Hinblick auf Wissenstransfer bei Personalwechsel in Gremien zu bedenken. Daneben wird durch die Rückmeldungen deutlich, dass eine transparente, koordinierte und offene Kommunikation sowie verstärkte Vernetzung und Zusammenarbeit aller Beteiligten nötig ist, damit eine erfolgreiche Landesstellenplanung in der evangelischen Jugendarbeit in Bayern gewährleistet wird.

Partizipation

Grundvoraussetzung eines gelingenden Prozesses war und ist die Beteiligung aller Akteur:innen in den Dekanaten. Im Falle der Jugendarbeit sind es nach §1 S.4 LStPLV die Dekanatsjugendkammern, die als Entscheidungsbefugte über die Konzeptions-, Planungs- und Strukturfragen der Kinder- und Jugendarbeit im Dekanat, im Prozess einerseits über ihr Entscheidungsrecht (vgl. §1 S.4f. LStPIV; Nr. 4 Abs. 2 Buchst. c OEJ) aufzuklären und in der Konzeption zu beteiligen waren.

Diese Beteiligung war in vielen Dekanaten selbstverständlich und die Dekanatsjugendkammern haben in enger Zusammenarbeit mit den Hauptberuflichen der Jugendarbeit und in Abstimmung mit den Dekanatsausschüssen Konzepte der Kinder- und Jugendarbeit entwickelt, welche im Gesamtkonzept der Dekanate aufgenommen wurden. In einigen Dekanaten hingegen, entstand bei einigen Beteiligten das Gefühl, dass entwickelte Konzepte nicht ausreichend gewürdigt oder eingearbeitet und teilweise auch übergangen wurden. Gerade durch das Fehlen von Rückmeldungen durch Gremien bzw. Leitungspersonen und die Missachtung der erstellten Konzepte entstand Frust und es gab statt der geforderten ernsthaften Partizipation nur Schein-

Beteiligungen. Vermutetes verstecktes Leitungshandeln (hidden Agenda) auf Seiten von manchen Dekan:innen oder auch Dekanatsausschüssen verstärkte dieses Gefühl. Dies führte zu viel Enttäuschung auf Seiten der Dekanatsjugenden, die viel Arbeit und Kraft in Konzepterstellung gesteckt hatten.

Die Rolle der Hauptberuflichen vor Ort wurde ebenfalls ambivalent wahrgenommen. Diese wurde überwiegend als entscheidend für den Prozess angesehen und es wurde erwartet, dass die Hauptberuflichen den Prozess neutral begleiten, in dem Bewusstsein, dass sie selbst als Person von den Veränderungen betroffen sein können. Das Vertreten von eigenen konträren Positionen und das Ablehnen von Veränderungen konterkarierten jedoch an einigen Stellen diese Erwartung. In den Dekanaten, in den Vakanzbeständen bzw. durch den Wegfall der Stellen zukünftig entstehen werden, stellte sich zunehmend die konkrete Frage: „Wie soll mit der Vakanz umgegangen werden?“.

Abschließend lässt sich feststellen, dass Beteiligung in vielen Dekanaten eine Selbstverständlichkeit war und Konzepte in konstruktiver Zusammenarbeit entwickelt wurden, aber auch, dass in einigen Dekanaten Beteiligung nicht funktioniert hat und über die Interessen der Jugend hinweg entschieden wurde.

Beratung

Die Begleitung und Unterstützung der Beteiligten, insbesondere durch die zwei Landesstellenplanungsreferenten der EJB, erwies sich im Rahmen der Landesstellenplanung in der evangelischen Jugendarbeit als unverzichtbar. Zudem hat sich gezeigt, dass in der Unterstützung und Beratung der Menschen vor Ort das Amt für evangelische Jugendarbeit (AFJ) eine entscheidende Rolle spielte. Dies geschah zum Beispiel durch das Bereitstellen verschiedener Ressourcen wie eine Homepage, den AFJ-Leitfaden und zwei Projektstellen. Diese wurden in der Online-Umfrage als am hilfreichsten eingestuft. Die persönliche Beratung wurde von den meisten Befragten 1–5-mal in Anspruch genommen. Einige Teilnehmende haben das Angebot jedoch bis zu zehnmal genutzt.

Diese Materialien bieten nicht nur einen klaren Überblick über die verfügbaren Hilfsquellen, sondern erleichtern auch den Einstieg in die individuelle Beratung. Die persönliche und einzelne Beratung durch das AFJ wurde in den persönlichen Gesprächen und der Evaluation als äußerst hilfreich bewertet. Das Angebot der Online-Umfrage für das Erkunden des Sozialraums und der Leitfaden erwiesen sich ebenfalls als wertvolle Hilfsmittel, die von den Nutzer:innen geschätzt wurden. Hervorzuheben ist dabei, dass die digitalen Beratungsangebote sehr positiv wahr- und angenommen wurden.

Die Beratung und Kommunikation zwischen und mit den Referenten für Landesstellenplanung waren in dem Prozess für die Beteiligten unverzichtbar und Durchweg positive Rückmeldungen aus den Dekanaten zur Folge.

Stellenwert und Ausrichtung der Evangelischen Jugend in den Gesamtkonzepten

Die anfänglichen Befürchtungen², dass in erster Linie Stellen in der Kinder- und Jugendarbeit gestrichen werden könnten, aufgrund von fehlenden Leitplanken und somit dieser wichtige Bereich ins Hintertreffen gerät, haben sich nicht bewahrheitet.

Der Erhalt der Stellen ermöglicht eine kontinuierliche Arbeit im Kinder- und Jugendbereich, was von entscheidender Bedeutung für das Arbeitsfeld ist. Es ist also nach wie vor von essenzieller Wichtigkeit, die kontinuierliche Unterstützung in diesem Bereich sicherzustellen. Dies erfordert nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch eine kluge und nachhaltige Planung, die sicherstellt, dass die Kinder- und Jugendarbeit berücksichtigt und gestärkt wird.

Eine klar erkennbare Folge der LStPl ist die strategische Neuorganisation der hauptberuflichen Stellen. Die bisherigen Jugendreferent:innen-Stellen auf Gemeindeebene wurden überwiegend

² Die Befürchtung kam von Hauptberuflichen aus dem Arbeitsfeld so wie Ehemaligen, die sich um das Arbeitsfeld sorgten. Es wurde auf Prozesse in anderen Landeskirchen verwiesen, in denen nach einer ähnlichen Logik (Entscheidung auf mittlerer Ebene) der Bereich Kinder- und Jugendarbeit in Teilen nicht mehr hauptberuflich abgedeckt wurde

auf die Dekanatsebene verlegt, um die neu geschaffenen Regionen effektiv zu vernetzen und zu begleiten. In den Konzeptionen stehen Regionen und regionales Arbeiten im Vordergrund und somit trat das „Kirchturm-Denken“ immer mehr in den Hintergrund. Jugendarbeit ist vernetzt gedacht worden und soll über Gemeindegrenzen, aber auch Dekanatsgrenzen hinweg geschehen. Positiv ist, dass in den einzelnen Konzepten Inhalte im Vordergrund stehen und erst anhand der Inhalte Strukturen und Personalbedarf bedacht wurde. In jedem Dekanat haben die Kinder- und Jugendarbeiten vor Ort auf Basis des Auftrages der OEJ: „als mündige und tätige Gemeinde Jesu Christi das Evangelium von Jesus Christus den jungen Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit zu bezeugen“, neue Konzepte erarbeitet und haben dabei Veränderung gewagt und sich dem Wandel gestellt. Es hat sich gezeigt, dass die Evangelische Jugend bereit ist Wandel und Veränderungen in der ELKB mitzugestalten. Dafür braucht es aber eine ernsthafte Partizipation junger Menschen.

Ausblick und Forderungen für die Landesstellenplanung 2025

Die Landesstellenplanung (LStPI) 2025 steht vor der Herausforderung, gleichzeitig effiziente organisatorische Strukturen zu schaffen und dabei positive Narrative zu entwickeln, die Menschen motiviert und involviert. Hierbei spielen unterschiedliche Aspekte eine entscheidende Rolle:

- Eine transparente Kommunikation über die Ziele und Vorteile der LStPI ist entscheidend. Es muss betont werden, wie die Planung nicht nur die Organisation, sondern auch die Menschen positiv beeinflusst!
- Die Schaffung von Plattformen und Ressourcen für den Wissensaustausch und die Kooperation zwischen den Ehrenamtlichen.
- Eine niederschwellige Bereitstellung von Informationsmaterialien zur Umsetzung der Landestellenplanung für Ehrenamtliche und Hauptberufliche.
- Die Versäulung zwischen verschiedenen Arbeitsbereichen, Verbänden und Institutionen, die mit der Zielgruppe arbeiten, ist zu überwinden. Das Teilen von Ressourcen, Ideen und Best Practice Beispielen zwischen den Bereichen fördert die Zusammenarbeit und verhindert Silodenken.
- Eine Überprüfung der Ergebnisse aus der vorherigen Planung (Landesstellenplanung 2020) ist notwendig, um Erfolge zu verstehen und Schwachstellen zu identifizieren.
- Ein gemeinsamer Start vor Ort schafft ein Gefühl der Einheit und des Zusammenhalts. Es fördert den Teamgeist und die Identifikation mit den neuen Strukturen
- Regelmäßige Austauschforen zwischen verschiedenen Bereichen und Teilgruppen fördern das Verständnis füreinander und helfen bei der Bewältigung von Herausforderungen.
- Die Rolle der Hauptberuflichen und Ehrenamtlichen muss klar definiert sein.
- Eine offene und transparente Kommunikation ist notwendig. Der Umgang mit den Ergebnissen der Landesstellenplanung sollte konstruktiv sein, Rücklaufschleifen und kontinuierliche Verbesserungen ermöglichen.
- Die Praxis der Stellenausschreibungen muss sich in zweifacher Weise ändern:
1. grundsätzlich sollten sie berufsgruppenunabhängig erfolgen. 2. sollte sie strategisch nach den Bedarfen und Anforderungen vor Ort (z. B. Arbeitsfeld und Qualifikationen) erfolgen.
- Die Praxis der Stellenausschreibungen sollte in zweifacher Hinsicht geändert werden. Erstens sollten sie unabhängig von der Berufsgruppe erfolgen. Zweitens sollten sie strategisch auf die Bedürfnisse und Anforderungen vor Ort abgestimmt sein, wie zum Beispiel das Arbeitsfeld und die Qualifikationen.